

Stand: 06.06.2026 20:05:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8930

"Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8930 vom 17.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9868 des VF vom 04.12.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 10.02.2026
4. Beschluss des Plenums 19/11779 vom 28.04.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 28.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sowohl die versuchte als auch die tatsächlich erfolgte Nutzung gefälschter (Sprach-)Zertifikate zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft über die strafrechtliche Relevanz hinaus auch Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren mit sich bringt. Konkret ist dafür ein weiterer Ausschlussgrund in § 11 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) aufzunehmen.

Begründung:

Nach § 35 StAG kann eine rechtswidrige Einbürgerung bis zu zehn Jahre nach der Bekanntgabe der Einbürgerung zurückgenommen werden, wenn der Verwaltungsakt durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für seinen Erlass gewesen sind, erwirkt worden ist. Blieb die Täuschung durch gefälschte Zertifikate oder unrichtige Angaben lediglich im Versuchsstadium, ist dies für das weitere Einbürgerungsverfahren grundsätzlich folgenlos.

Zwar enthält § 42 StAG einen Straftatbestand für aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben zu wesentlichen Einbürgerungsvoraussetzungen ersichene Einbürgerungen. In Fällen gefälschter Zertifikate werden die eingeleiteten Strafverfahren jedoch regelmäßig eingestellt. Selbst bei etwaigen Verurteilungen bleiben diese häufig unter der in § 12a StAG festgelegten Bagatellgrenze von Verurteilungen zu einer Geldstrafe von bis zu 90 Tagessätzen. Der Einbürgerungsbewerber kann nach erfolgreichem Ablegen der jeweiligen Tests trotzdem noch eingebürgert werden.

Wer im Einbürgerungsverfahren betrügt, missachtet nicht nur die Regeln, sondern stellt sich klar in Widerspruch zu unserem Rechtsstaat. Solch ein Verhalten ist nicht akzeptabel und muss zu Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren führen.

Daher ist es erforderlich, die Nutzung gefälschter Zertifikate zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft auch dann zu sanktionieren, wenn die Täuschung der Einbürgerungsbehörde im Versuch endete oder die Verurteilung unter der festgelegten Bagatellgrenze blieb.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann
u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/8930

**Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen
Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Karl Straub**
Mitberichterstatterin: **Gülseren Demirel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 4. Dezember 2025 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
 Unverzöglichen Rücknahme der CO₂-Reduktionsziele für Lkw-Anhänger der EU-Verordnung 2024/1610
 Drs. 19/8451, 19/9870 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

2. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Holger Griebhammer u.a. SPD
 Keine Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten für Lehrkräfte – Freistaat muss endlich bei Personalversorgung liefern
 Drs. 19/8530, 19/9864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Für mehr Schutz vor häuslicher Gewalt: Schutzlücken im Gewaltschutzgesetz schließen
Drs. 19/8677, 19/9863 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Die Nahversorgung im ländlichen Raum sichern – Rollende Supermärkte von der LKW-Maut ausnehmen!
Drs. 19/8680, 19/9871 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz bayerischer Handwerksbetriebe und kleiner und mittlerer Unternehmen vor existenzbedrohenden Rückforderungen bei Insolvenzverfahren
Drs. 19/8712, 19/9865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Abgestimmte Ent- bzw. Weiterentwicklung von GeFa und Polizei 20/20 sicherstellen!
Drs. 19/8772, 19/9866 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Psychische Erkrankungen brauchen flexible Regelungen
Drs. 19/8774, 19/9889 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Klimairrsinn beenden: Umwelt und Menschen vor den negativen Auswirkungen der sogenannten grünen Transformation schützen!
Drs. 19/8832, 19/9830 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Zügige Umsetzung des Gewalthilfegesetzes des Bundes in Bayern sicherstellen – Schutz und Beratung für Betroffene von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt ausbauen
Drs. 19/8888, 19/9819 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturelle Teilhabe junger Menschen nachhaltig stärken –
Einführung des Programms „KulturStarter Bayern“
Drs. 19/8911, 19/9900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Verena Osgyan, Benjamin Adjei, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Künstliche Intelligenz in der Hochschullehre –
Anhörung zu Chancen, Risiken und politischen Handlungsbedarfen
Drs. 19/8915, 19/9901 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern I: Fälschungssicherheit von Zertifikaten im Einbürgerungsverfahren sicherstellen
Drs. 19/8929, 19/9867 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren
Drs. 19/8930, 19/9868 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Arzneimittelversorgung verbessern, Nutzenbewertung und Preisverhandlungen für neue Arzneimittel vereinfachen
Drs. 19/8940, 19/9890 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

15. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD
Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld steuerfrei stellen – Entlastung für Bayerns Arbeitnehmer und Stärkung der heimischen Wirtschaft!
Drs. 19/9018, 19/9902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Brennholz weiterhin trotz EU-Verordnungen als nachhaltiges Brennmaterial nutzen
Drs. 19/9025, 19/9887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Waldinfrastruktur erhalten: Bänke, Informationstafeln oder Schutzhütten in bayerischen Wäldern müssen weiter zur Verfügung stehen
Drs. 19/9079, 19/9888 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/8930, 19/9868

Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sowohl die versuchte als auch die tatsächlich erfolgte Nutzung gefälschter (Sprach-)Zertifikate zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft über die strafrechtliche Relevanz hinaus auch Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren mit sich bringt. Konkret ist dafür ein weiterer Ausschlussgrund in § 11 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) aufzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Karl Straub

Abg. Christoph Maier

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Horst Arnold

Abg. Markus Saller

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

Antrag der Abgeordneten

Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u. a. (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern I:

Fälschungssicherheit von Zertifikaten im Einbürgerungsverfahren sicherstellen

(Drs. 19/8929)

und

Antrag der Abgeordneten

Petra Guttenberger, Holger Dremel, Michael Hofmann u. a. (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II:

Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren

(Drs. 19/8930)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist, wie Sie schon erkennen können, Herr Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da im Ausschuss Einstimmigkeit herrschte, möchte ich die Debatte nicht unnötig in die Länge ziehen; aber ein paar Worte möchte ich dennoch an Sie richten: Erst einmal ist es für mich als Integrationsbeauftragter wichtig zu erwähnen, dass die allermeisten der Menschen, die in einem relativ schwierigen Verfahren eingebürgert werden, die Einbürgerung verdient haben und stolz darauf sein können, deutsche und insbesondere bei uns bayerische Staatsbürger zu sein. Die vorliegenden Anträge sollen keinen falschen Eindruck erwecken.

Im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens ist es aber auch zu Fälschungen gekommen. Das hat medial einen großen Widerhall gefunden. Ich möchte betonen, dass das bayerische Innenministerium die Ausländerbehörden immer wieder sensibilisiert, um solche Fälschungen zu vermeiden, und die Ausländerbehörden nach bestem Wissen und Gewissen ihre Arbeit verrichten. Trotzdem ist es im Einbürgerungsverfahren zu Fälschungen gekommen.

Deswegen haben wir den Antrag gestellt, auf Bundesebene weitere Maßnahmen einzuführen. Im Einbürgerungsverfahren soll im Rahmen der Digitalisierung technische, gesetzliche und digitale Fälschungssicherheit von Sprachzertifikaten hergestellt werden. Rechtliche Konsequenzen bei Fälschungsversuchen gibt es bereits. Diese haben aber meistens keine direkten Auswirkungen auf das Einbürgerungsverfahren. Wir wollen, dass hier nachgeschärft wird, da diejenigen, die Sprachzertifikate für die Einbürgerung fälschen, andere, die sich ihre Einbürgerung verdient haben, in Misskredit bringen. Deswegen fordern wir die Staatsregierung auf, auf besagte Nachschärfung hinzuwirken, um Fälschungen in Zukunft zu verhindern.

In Anbetracht dessen, dass heute noch ein weiteres wichtiges Ereignis stattfinden wird, schließe ich nun und bitte Sie um Ihre Zustimmung zu den vorliegenden Anträgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Christoph Maier. Bitte, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ein internationales Sprichwort sagt: "It's nice to be a Preiß, but it's higher to be a Bayer." Man kann aber weder ein Preuße noch ein Bayer sein, ohne zugleich

ein Deutscher zu sein. Es ist nicht überraschend, dass in den letzten Jahren so viele Menschen wie noch nie zuvor die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt und auch erhalten haben. Im Jahr 2023 waren es in Deutschland etwa 200.000 Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt, sondern durch einen Verwaltungsakt erlangten. Im Jahr 2024 wurden sogar 292.000, also annähernd 300.000 Menschen, in Deutschland eingebürgert. Jeder Vierte davon war ein Syrer. Etwa 54.000 Einbürgerungen entfielen dabei auf Bayern, gleich der Einwohnerzahl der Stadt Schweinfurt. Dies bedeutet einen Anstieg von 51 % im Vergleich zur Zuwanderung im Jahr 2023.

Für das Jahr 2025 liegen die Einbürgerungszahlen zunächst noch nicht vor. Sie werden demnächst erwartet. Und es muss davon ausgegangen werden, dass diese weiterhin auf hohem Niveau bleiben. In den meisten Fällen behalten die Eingebürgerten sogar ihre bestehende Staatsangehörigkeit. Die seit Langem gelebte Hinnahme von Mehrstaatlichkeit ist mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2024 durch die Ampel-Regierung gesetzlich abgesichert und damit sogar zum Regelfall gemacht worden.

Ähnlich hoch waren auch die Einbürgerungszahlen in den 1990er-Jahren. Als Höhepunkt kann die Zuwanderung von 313.000 Menschen im Jahr 1995 angeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zusammenhang möchte ich auf einen wesentlichen Unterschied aufmerksam machen: Der Großteil der in den 1990er-Jahren Eingebürgerten waren deutsche Spätaussiedler aus den ehemaligen Sowjetstaaten, die nach einer zum Teil jahrhundertelangen Diaspora ihr deutsches Volkstum bewahrt hatten und deshalb gemäß § 6 des Bundesvertriebenengesetzes als Menschen deutscher Volkszugehörigkeit wesentlich geringere Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen mussten.

Die hohen Einbürgerungszahlen der heutigen Zeit sind jedoch die Folge der größten politischen Fehlentscheidung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, nämlich

der Merkelschen Grenzöffnung im Jahr 2015 und der daran anschließenden Massmigration nach Deutschland mit all ihren negativen Folgen für die öffentliche Sicherheit in diesem Land.

(Beifall bei der AfD)

Die Bundesregierung unter Merz ist mit dem Versprechen angetreten, endlich eine Migrationswende herbeizuführen. Tatsächlich wurden im Oktober mit den Stimmen der Alternative für Deutschland die Gesetze geändert. Die Turbo-Einbürgerung für sogenannte besonders integrierte Menschen wurde von drei Jahren auf fünf Jahre erhöht. Damit wurde eine elementare Forderung der AfD im Wahlkampf umgesetzt. Ich stelle fest: AfD wirkt.

Auch die heutigen Anträge der Regierungsfractionen zur Verschärfung der Einbürgerung stoßen auf unsere volle Zustimmung; denn auch in Bayern kam es in der Vergangenheit zu einer großen Anzahl von Betrugsfällen mit Sprachzertifikaten im Rahmen der Einbürgerungsverfahren. Konkret wurden entweder gefälschte Sprachzertifikate vorgelegt oder echte Zertifikate vorgelegt, die jedoch von unbekannt Personen abgelegt und erworben wurden.

Im Rahmen organisierter Kriminalität besteht sogar ein reger Handel mit Sprachzertifikaten. Dabei werden Preise von bis zu 6.000 Euro aufgerufen. Bisher hatte ein Betrugsversuch keine Konsequenzen; denn selbst wenn die Betrugsfälle aufgedeckt wurden, konnten die Betrüger die deutsche Staatsangehörigkeit im weiteren Verfahren dennoch erhalten. Sie mussten dafür lediglich ein neues Sprachzertifikat vorlegen. Mit dem im Antrag geforderten Ausschlussgrund für eine Einbürgerung im Fall einer versuchten Fälschung werden die einzig richtigen rechtlichen Konsequenzen gefordert.

Außerdem soll die Fälschungssicherheit von Zertifikaten wesentlich verbessert werden. Durch die Digitalisierung ist dies problemlos möglich. Missbrauch muss in dieser Frage unbedingt verhindert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist es aber nicht getan. Wir als AfD-Fraktion fordern schon seit Langem die rückwirkende Überprüfung aller bereits durchgeführten Einbürgerungen seit dem Jahr 2016. Wir müssen auch misstrauisch sein und deswegen hinterfragen, ob dieser Staat, der seine Grenzen nicht überwachen kann, überhaupt in der Lage ist, Personen zu identifizieren, die Einbürgerungsanträge stellen, oder zu überprüfen, ob die Sprachzertifikate, die vorgelegt wurden, auch richtig waren; denn eines ist gewiss: Nach geltender Rechtslage kann eine Einbürgerung bis zu zehn Jahre nach Abgabe der entsprechenden Dokumente rückgängig gemacht werden, wenn bei der Einbürgerung betrogen wurde. Unsere Botschaft in die Welt muss unmissverständlich klar sein: Wer betrügt, der fliegt.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Gülseren Demirel. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Anträge bereits im Rechtsausschuss ausführlich besprochen. Deshalb werde ich meine Ausführungen ebenfalls kurz halten. Wichtig ist mir zu erwähnen, dass unsere Institutionen funktionieren und dass ein Großteil der gefälschten Zertifikate, die bei Einbürgerungen abgegeben wurden, von den Behörden aufgedeckt wurde. Zu glauben wie mein Vorredner, dass die Behörden dieser Sache nicht gewachsen seien, ist nicht nachvollziehbar.

Im Gesetz gibt es bereits Rückwirkungsregelungen, wonach die Einbürgerung zurückgezogen werden kann, wenn falsche Angaben gemacht werden. Wir schließen uns aber natürlich an, dass eine Verschärfung des Strafrechts notwendig ist, wenn die Einbürgerung mit falschen Zertifikaten erhalten wird. Es kann nicht sein: Einbürgerung – ein so wichtiges und elementares Recht – muss von den Menschen seriös und mit ehrlichen Unterlagen beantragt werden.

Ich bin meinem Kollegen Straub dankbar, dass er in seinen einleitenden Sätzen noch einmal erwähnt hat, dass die Kriminellen, die das versucht haben, nicht den Großteil der eingebürgerten Gesellschaften darstellen, sodass wir jetzt nicht jede Person, die sich einbürgern lassen will, als potenziell kriminell betrachten. Daher unterstützen wir auch die Digitalisierung.

Wir sagen aber auch: Der Maßstab bei beiden Anträgen muss sein, konsequent gegen Täuschung vorzugehen und Integration dabei nicht auszubremsten: Verfahren sichern, ohne Fairness zu verlieren. In diesem Sinne stimmen wir beiden Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Horst Arnold. Bitte, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist im Rechts- und Verfassungsausschuss tatsächlich einstimmig beschlossen worden. Darum stellt sich die Frage: Warum wird er hier hochgezogen?

Die Ausführungen des Kollegen von der AfD zeigen, dass es nicht immer sinnvoll ist, solche Dinge hochzuziehen, weil dann wieder Argumente ins Feld geführt werden, bei denen es müßig ist, diese innerhalb von vier Minuten widerlegt zu bekommen. Das geht auch leicht.

Kollege Straub, wir sind uns da einig: Grundsätzlich geht es darum, dass Einbürgerungen an sich eine gute Angelegenheit sind, auch deswegen, weil Deutschland ein demografisches Problem hat. Heute kam die Meldung, dass der niedrigste Geburtenstand seit 1946 erreicht ist, dass aber die Herausforderungen im Rahmen der Demografie – der Fachkräfte und allem, was dazugehört – als weitaus größer anzusehen sind. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir Einbürgerungen vornehmen.

Es wäre weit gefehlt zu glauben, dass Einbürgerung nur eine Frage der Sprachfähigkeit sei. Da sind viele andere Dinge vorgeschaltet, nämlich auch die elementare

Frage, ob die Menschen, die jetzt eingebürgert werden, in der Lage sind, sich selbst zu ernähren und nicht nach der Einbürgerung gleich ins Sozialsystem hineingehen. Das ist eine hohe Hürde, die aber auch genommen wird.

Jetzt kann man sagen: Wer die Sprachzertifikate fälscht, der fälscht alles andere. Was haben wir damit erreicht? – Eine grundsätzliche Diffamierung, eine Diskriminierung, einen Generalverdacht gegen alle Einbürgerungen. Und diese Generalverdachtsmomente nutzen unserer Gesellschaft, unserem Zusammenhalt, aber auch unserem Selbstverständnis, dass jeder eine Chance bekommt, der sich integriert, dass jeder, der sich bemüht, hier auch willkommen ist, überhaupt nichts; es ist kontraproduktiv.

Deswegen glaube ich, dass dadurch auch die Beamtinnen und Beamten, die das jeweils prüfen – das sind die Ausländerbehörden, die in dem Kontext langwierige Prüfungsverfahren veranstalten –, diffamiert werden, weil ihnen pauschal unterstellt wird, sie würden das nicht richtig prüfen und möglicherweise seien seit 2015 in 100.000 Fällen rechtswidrige Einbürgerungen durchgeführt worden. – Auch das stimmt nicht.

Das hat man davon, wenn man so einen Antrag hochzieht: lauter Diffamierungen. Man kommt nicht hinterher, diese Diffamierungen ins rechte Licht zu rücken, nicht deswegen, weil man keine Argumente hat, sondern deswegen, weil einem die Zeit fehlt.

Das hätten Sie uns ersparen können, indem Sie diese Anträge nicht hochgezogen hätten; aber Sie müssen natürlich auch lernen. Was Bürokratisierung betrifft, könnten wir das in Bezug auf hochgezogene Anträge, die im Innenausschuss des Bundestags bereits wortgleich mit Mehrheit gefasst worden sind, einmal beschließen. Das heißt mit anderen Worten: Es ist die Retorte aus der Retorte, weil nämlich dort, wo es hingehört – in den Bundestag –, Verschärfung von Strafvorschriften schon längst beschlossen ist.

Lange Rede, kurzer Sinn: Natürlich sind wir gegen Rechtsmissbrauch. Natürlich sind wir gegen Betrug in jeder Art und Weise. Was der Sache dienlich ist, ihr aber auch verfassungsmäßig und verhältnismäßig gerecht wird, wird von uns befürwortet.

Da brauche ich jetzt nicht uns als entsprechende Personalbeweise, sondern unser Abstimmungsverhalten im Innenausschuss des Bundestages zu bemühen. Die SPD war zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der CSU eindeutig dafür, diesen Antrag voranzubringen. Das ist der Konsens, und dieser Konsens wird von uns auch nicht aufgekündigt. Ich gebe aber zu bedenken, dass diese Zeit, die ich jetzt verwendet habe, auch anderweitig zu nützen gewesen wäre. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Markus Saller. Bitte, Sie haben das Wort.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurze Rede, trotzdem hoffentlich ganz viel Sinn: Beide Anträge wurden im Verfassungsausschuss einstimmig zur Zustimmung empfohlen. Deswegen erübrigt sich an der Stelle eine weitere Debatte. Ich schließe mich den einleitenden Worten von Karl Straub an.

Ansonsten verweise ich auf die Beratung im Verfassungsausschuss und bitte um erneute Zustimmung. Heute stehen ja noch andere Ereignisse an, deswegen in der gebotenen Kürze. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Der jeweils federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt beide Anträge zur Annahme.

Wer dem Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion sowie der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/8929 betreffend "Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern I: Fälschungssicherheit von Zertifikaten im Einbürgerungsverfahren sicherstellen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Ebenso nicht. Dann ist diesem Antrag zugestimmt worden.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/8930 betreffend "Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern II: Schaffung von rechtlichen Konsequenzen im Einbürgerungsverfahren".

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Auch das sind alle Fraktionen. Einzelne Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Genauso keine Stimmenthaltungen. Dann ist auch diesem Antrag zugestimmt worden.